

**II-3009 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1528/J

1988 -02- 01

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. FRISCHENSCHLAGER, Mag. PRAXMARER, Dr. GUGERBAUER
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Schülerdemonstration vom 11. Dezember 1987

Am 11. Dezember 1987 fand in Wien eine angemeldete Demonstration von Salzburger Schülern statt. Die Schüler wollten vor allem ihre Bereitschaft, an sinnvollen Sparmaßnahmen mitzuwirken, bekunden. Insbesondere war es den Schülern ein Anliegen, durch die Abladung von 20.000 gebrauchten aber noch verwendbaren Schulbüchern anschaulich darzulegen, wieviel Geld durch das derzeitige Schulbuchsystem vergeudet wird.

Der Versuch, die Schulbücher zu entladen, soll jedoch laut Angabe der Schüler von der Polizei in einer Weise verhindert worden sein, die starke Zweifel an der Achtung des Demonstrationsrechtes als ein wesentliches Bürgerrecht aufkommen läßt. Die Vorgangsweise der Beamten scheint umso bedenklicher, als die Abladung der Bücher von der Bundespolizeidirektion genehmigt worden war und die Schüler darauf achteten, daß beim Abladen der Bücher ein 2 m breiter Streifen auf dem Gehsteig freibliebe und zu keiner Zeit der Verkehr behindert wurde.

Darüber hinaus erachten die unterfertigten Abgeordneten den Einsatz von über 20 Polizisten bei einer Demonstration von 14 Schülern als ungerechtfertigt. Sie stellen daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

1. Wieviele Beamte wurden zu diesem Einsatz eingeteilt und wieviele waren tatsächlich am Ort des Geschehens anwesend?
2. Halten Sie das Verhältnis von eingesetzten Beamten und der Anzahl der demonstrierenden Schüler für gerechtfertigt?

3. Wie lautete die Instruktion für die Beamten?
4. Haben Sie die Vorwürfe der Schüler über das Verhalten der Beamten überprüft?
5. War das Verhalten der Beamten der Situation entsprechend angepaßt, vor allem was die Wortwahl der Polizisten betrifft?
6. Gab es für die Beamten Gründe, die Abladung der Bücher zu verhindern?
7. Wenn ja a) Welche Gründe waren dies?
b) Weshalb ist den Schülern die Abladung der Bücher von der Bundespolizeidirektion bewilligt worden?
8. Weshalb hat man den Schülern den Zugang zu einem öffentlichen Telefonapparat im Unterrichtsministerium mit der Begründung, die Schüler hätten Hausverbot, verwehrt, obwohl Frau Bundesminister Dr. Hawlicek im anschließenden Gespräch mit den Schülern von solch einem Hausverbot nichts wußte?
9. Halten Sie das Verhalten der Exekutivbeamten für geeignet, das Vertrauen der Jugend in die Polizei zu stärken?